

Jan Specht, 7.12.23

Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

zuerst einmal vielen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für die umfangreiche Arbeit und Beratung.

Bei der Haushaltsdebatte herrschte erstens ein Schmusekurs zwischen SPD, CDU, FDP und Grünen. Es gab kaum Diskurs. Vorgeblich sollte eine Fachdiskussion in den Ausschüssen geführt werden – diese fand aber meist gar nicht statt. Anträge, die nicht von der Quadriga stammten, wurden oftmals ohne Diskussion abgelehnt. Ein fragwürdiges Demokratieverständnis was sich da offenbart. Das Ergebnis sind unter anderem überbeuerte und skurrile Prestigeprojekte mit fraglichem Nutzen: so bekommt Gelsenkirchen einen Nachtbürgermeister. Kostenpunkt: 85.000 Euro. Ob dann in der Nacht alle Probleme gelöst werden, die unsere Stadt real zu bewältigen hat?! Man darf gespannt sein, welche Impulse die CDU für das Nachtleben bieten wird! 50.000 Euro für eine Potenzialanalyse Außengastronomie – davon wird die Kaufkraft der Bürger in der Stadt mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen wohl kaum steigen! Die Montanindustrie hat hier auf sozialem Gebiet wie in der Umwelt verbrannte Erde hinterlassen – mit der Folge, dass wir in Gelsenkirchen das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen haben.

Zweitens wurden die Anträge von AUF Gelsenkirchen abgelehnt, nur einer für verbesserten Zugang zur Teilhabe für Kinder wurde aufgenommen. Nicht zugestimmt wurde die Erhöhung der Mittel bis zur Fertigstellung des zweiten Frauenhauses auf 50.000 Euro, dabei fehlen aktuell zwölf Plätze. Abgelehnt wurde die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes, das wäre eine realistischere Grundlage für Millionen Mehreinnahmen als die von der Stadt erhofften Steigerungen durch Ansiedlung von Gewerbe, wo immer neue Hiobsbotschaften laut werden wie bei ZF und Real. Abgeschmettert wurden konstruktive Vorschläge für die Verbesserung der Mechtenbergstraße. Eine unverbindliche Zielvereinbarung für die Lehrkräftegewinnung auf Vorschlag der SPD wurde beschlossen, unsere konkreten Anträge aber ausgebremst. Mehr Geld gibt es für das Klima-Förderprogramm und die Förderung von Photovoltaik-Anlagen, das ist gut! Hätte man unseren Anträgen voriger Jahre zugestimmt, wären wir da schon längst weiter.

Drittens werden mit diesem Haushalt auch die Ergebnisse der Bezirksforen beschlossen. Gegen den Willen der Horster wurde der Vorschlag über 700,- € für ein Solidaritätskonzert des Freundeskreis Flüchtlingssolidarität wieder gestrichen. Wer auch nur in den Verdacht gerät mit AUF oder MLPD zusammenzuarbeiten wird mit dem Bannstrahl des Antikommunismus belegt. Gelder für eine Moschee der Erdogan-unterstellten Ditib, die Falken und das Friedrich-Ebert-Haus waren dagegen kein Problem.

Aus den genannten Gründen stimmen wir dem Haushaltsplan nicht zu, werden uns beim investiven Teil enthalten und dem Stellenplan zustimmen.

Wir betonen unsere grundsätzliche Kritik an der verfehlten Kommunalfinanzierung, fordern weiterhin einen Altschuldenschnitt. In Berlin ist eine offene Haushaltskrise ausgebrochen - die Kommunen zahlen den Preis für die Kriegs- und Krisenpolitik in der Welt. Der Widerstand gegen Stellenabbau und Werksschließungen bei immer mehr Konzernen ist auch in unserer Stadt herausgefordert.

„An unmöglichen Dingen soll man selten verzweifeln, an schweren nie“, sagte Johann Wolfgang von Goethe. Die vielen Krisen, deren Ursachen letztlich im kapitalistischen System liegen, fordern uns heraus, um Lösungen zu kämpfen. Anstatt noch bei den Menschen kürzen zu wollen, die schon am Existenzminimum leben, müssen endlich Großvermögen, Konzernprofite und Spekulationsgewinne herangezogen und besteuert werden.